

Beschluss der Initiativen-Plattform vom Mittwoch, 03.12.2008,

(anwesend: 10 Initiativen-Vertreter, davon 4 der gewählten Bürgervertreter).

Die Forderungen der Initiativen-Plattform vom 05.11.2008 sollen an Grün Berlin, Senstadt und Bezirk weitergeleitet werden. Die Bürgervertreter sollen auf der „Projektbegleitenden AG“ am 09.12.2008 auf ein Moratorium und auf Aussetzung der begonnenen Baumfällungen drängen. Das „Atelier Loidl“ soll aktualisierte Ausführungsplanungen zu den Eingangsbereichen an Horn- und Yorckstraße sowie den Generalzug vorlegen. In der Prioritätenfolge, Erhalt vor Ersatz- oder gar Austausch gewachsener Vegetation müssen fehlende Abstimmungen über die geplanten Eingriffe in Grünbestände nachgeholt werden.

Aktueller Anlass für die Forderungen sind erste Baumfällungen am Montag, den 01.12.08, direkt im Anschluss an eine Bürgerinformation zu den Eingangsbereichen Horn- und Yorckstraße vom Samstag, den 29.11. 08.

Neben der Baumfällung empört, dass Bürgerinformation so zur Verkündung hoheitlicher Entscheidungen verkommt und nicht mehr der Vorbereitung von Bürgerbeteiligung dient.

Hintergrund für die Forderungen der Initiativen-Plattform vom 05.11.2008 war die Nachricht, dass bis zu 300 weitere Bäume gefällt werden sollen. 100 wurden bereits gefällt. Davon abgestimmt, weil unvermeidbar 75 wegen der Mauersanierung an der Möckernstraße, aber 20 entgegen vorheriger Absprachen bei Rodungsarbeiten zur Herstellung der Ersatzfläche für die „Interkulturellen Gärten“. Mit den geplanten Fällungen würde fast die Hälfte des Baumbestandes der Herstellung eines neuen Parks weichen müssen. Über den Schock ob dieser Nachricht, kann auch ein Ersatzangebot von 500 Neupflanzungen nicht hinwegtäuschen. Deshalb die folgenden Forderungen vom 05.11.2008:

„Keine Baumfällungen, bevor nicht auf einer öffentlichen Begehung mit anschließender Diskussion von den Verantwortlichen die Gründe dafür dargelegt wurden. Keine Baumfällung gegen das Votum der Bürgervertreter.

Einhaltung aller in der „Projektbegleitenden Arbeitsgruppe“ mit den Bürgervertretern diesbezüglich bereits getroffenen Vereinbarung: Keine Baumfällung ohne vorhergehende Abstimmung.

Herausgabe einer aktualisierten Bestandskarte und Liste aller Bäume mit Angabe der Baumarten.

Kennzeichnung der Bäume, die gefällt werden sollen, in der Baumkarte und vor Ort mit Angabe der Gründe.

Angabe der Baumarten und -größen, durch die gefällte Bäume ersetzt werden sollen.

Die Bürgervertreter werden aufgefordert, ihre Mitarbeit einzustellen, falls diesen Forderungen von den Vertreten der Bauhauptverwaltung, des Bezirks und von „Grün Berlin“ nicht entsprochen wird.“

i.A. C. Schmidt-Hermsdorf